

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

44

Donnerstag, den 23. Februar 1922

5. Jahrgang

Das schlafende Geseh.

Im Ratlauer „Nomy Dziennik“ finden wir an leitender Stelle nachstehende bemerkenswerten Ausführungen des bekannten Warschauer Rechtsanwalts und Sejmabgeordneten Apollinary Bariglas:

Eine der am schmerzlichsten empfundenen Unzulänglichkeiten unseres Staatslebens ist zurzeit der Mangel an Rechtsempfinden, das Schwenden des Rechtszustandes. Der Durchschnittsbürger tappt im Dunkeln, ohne eine klare Ahnung des Rechtes unter den Füßen zu spüren, ohne in den Behörden eine rechtliche Unterstützung zu sehen — ja, er hat den Eindruck, daß die Gesehe und Verfügungen nur eine trügerische schimmelige Sompfdecke seien, auf die man den Fuß nicht setzen dürfe, da sich unter ihr angelicht der schwarze und überlückende Abgrund der Rechtslosigkeit aufstaut würde. Nicht nur der Durchschnittsbürger, sondern auch der erfahrene Rechtskundige ist ratlos; mit einer begleitenden Handbewegung sagt er: „Es ist nichts zu machen; das Recht verlangt es so, aber man macht es anders.“ Warten wir auf den Verwaltungsgerichtshof?

Warten wir auf den Verwaltungsgerichtshof — aber ehe die Sonne des Gerichtshofs aufgehen wird, wird der Tau der Rechtslosigkeit dem Bürger die Augen nehen. Es ist indisch, daß in Warschau, wo aus der früheren Zeit her sich ein ausgebildeter und exakter Bureaurenapparat erhalten hat, das einmal bestehende Geseh noch weiter verbindlich ist. Im ehemals russischen Teilgebiet aber, wo der Beamte erst geschaffen wird, wo der Beamtenkörper aus verschiedenen und vollständig unvorbereiteten Elementen besteht, geht etwas vor sich, das schlechtmal die Grenzen der weitgehenden rechtlichen Toleranz überschreitet. Und es muß festgestellt werden, daß nicht nur die niederen Funktionäre, sondern auch die Hauptstellen auf Schritt und Tritt dem Geseh Gewalt antun. Ich betone, daß ich hier nicht an einzelne Fälle von Rechtsübertreibern denke, wie sie sich ein Beamter zum Zwecke der Erlangung persönlicher Vorteile ausdenken können. Ich spreche hier im Gegenteil von jenen Rechtsübertreibern, die im Namen des Staatsinteresses vollführt wurden, von Ubertreibern, bei deren Durchführung der Beamte nicht den geringsten eigenen Vorteil erlangt, wobei er aber dann überzeugt ist, daß er dies zum Wohle des Vaterlandes tut, ohne in seiner heiligen Einsicht zu begreifen, daß sein eigenes Vaterland die größte Wohltat dadurch erzielen könnte, wenn er dessen Gesehe achtet, nicht aber nach einem Geseh der Rechtslosigkeit regieren würde. Denn dies wird dann schlechtmal zum System. Der Unterschied zwischen Recht und Rechtslosigkeit wird verwischt. Hier einige Beispiele:

Die Bezirksverwaltung für Staatsdomänen in der Wojewodschaften verpachtet einer gewissen Person mittels schriftlicher Abmachungen dem Staat gehörige Mühle und gewen 40 Morgen Land auf die Dauer von 2 Jahren um den Preis von 4500 Mark jährlich. Am Schlusse des zweiten Jahres wird bei der Vermessung festgestellt, daß die gegen 40 Morgen Land ganze 80 Morgen ausmachen. Die Bezirksverwaltung fordert für die Vermessung von den anderen 40 Morgen im Laufe von 2 Jahren 375 000 Mark und zieht diese Summe auf administrativem Wege ohne Berufungsrecht von der dem Pächter gebührenden Mühleneinrichtung ein. Es belästigt nicht, daß die Regierung im gegebenen Falle keine Behörde, sondern ein gewöhnlicher Verwaltungsverwalter, also eine Partei ist, die sich wie jeder andere Bürger an das Gericht zu wenden hat; es belästigt nicht, daß die Forderung von 375 000 Mark für die Benutzung von 40 Morgen Land ein im Geseh zur Bekämpfung des Kriegswuchers vorgesehener Vergehen ist, wenn — andererseits der vereinbarte Pachtzins für die Benutzung der anderen 40 Morgen zusammen mit der Mühle nur 9000 Mark beträgt; es belästigt nicht, daß die Forderung des Zinses selbst anscheinbar ist, da die Bodenfläche nicht genau festgelegt wurde — die Regierung überschreitet ihre Vollmachten, sie zieht Vorteil daraus, daß sie Militär, Beamte und Polizei zu ihrer Verfügung hat und erlaubt Willkür auf dem Wege staatlicher Verordnungen, indem sie zu administrativen Mitteln ihre Zuflucht nimmt.

Dies ist keine vereinzelte Erscheinung. Unsere Kenner haben aufgehört zu unterlegen, wann der Staat als Behörde auftritt und wann derselbe sich dem Zivilgeseh zu unterwerfen hat. Immer und überall dringt der Staat als Herr, der dem Zivilgeseh unterworfen seine Staatsmacht in der Hand, seine Verwaltungsapparate und die in eigenem Namen gelangten bereits vor das Obergericht, wo der Staat die Prozesse verliert.

— und trotzdem geschieht das, was nur in einem europäischen Staat als unmöglich galt; im Staat Geseh Polens. Und es geschieht nicht darum, weil die Behörden sich Liebergriffe zuschulden kommen lassen wollen, sondern darum, weil sie auf die günstigste Weise und wie am liebsten dem Fiskus Nutzen bringen möchten. Aber daß dabei der Bürger ruiniert und das Vertrauen zur Regierung und zum Staat erschüttert wird — das bedeutet weniger: der Zweck heiligt die Mittel.

Wir haben ein Geseh über die Pflicht der städtischen Gemeinden, Lokale zu stellen. Das Geseh besteht nur deshalb, damit man mit ihm nicht zu rechnen braucht. Die Bevölkerung der Hauptstadt kämpft seit 2 Jahren einen unerbittlichen Kampf, um ihr Recht gegenüber ihrem Wohnungsamt und der entsprechenden Abteilung beim Innenministerium, sie kämpft einen Kampf, aus dem sie leider durchaus nicht als Siegerin hervorgeht. Und in der Provinz beschlagnahmt jeder Bürgermeister, jeder Starost Kammlichkeiten ganz wie es ihm beliebt. In Warschau beschlagnahmt General Latour einen Teil der zahlreichen Instituts für seine Kutsche; in der Provinz werden Zimmer und ganze Wohnungen für verschiedene gute Bekannte und Freunde beschlagnahmt in einer Kreisstadt sogar für die Hunde des Herrn Bürgermeisters. Wer schert sich darum, daß das Geseh verbietet, Wohnungen aus weniger als 3 Zimmern zu beschlagnehmen; daß es nicht gestattet ist, Wohnräume für Privatleute zu beschlagnehmen, daß es verboten ist, in Dörfern und Siedlungen Wohnungen zu beschlagnehmen.

daß bei Beschlagnahme einer ganzen Wohnung für eine Behörde dem Mieter vorher eine andere entsprechende Wohnung zur Verfügung gestellt werden muß! All dies führt nur auf dem Papier, im „Dziennik Ustaw“, und wir tun, was uns gefällt. Du, Bürger, beschwere dich beim Wojewoden — und der wird nach vielen, vielen Monaten gerufen, deine Klage nicht zu berücksichtigen und die Abgabe nicht zu begründen. Und wozu auch? Die Vergewaltigung des Gesehes ist viel zu sichtbar, viel zu grell, als daß irgendeine Begründung sie rechtfertigen könnte, und rechtfertigen muß man sie. Wenn du der Sache tiefer auf den Grund gehst, so wird es sich oft zeigen, daß der Magistrat die rechtlose Beschlagnahme eben auf Verfügung des Starosten vornahm und dieser auf Anordnung des Wojewoden es selbst verfügt hatte. Und Gott behüte: niemandem war es dabei um einen persönlichen Vorteil zu tun; zum Wohle des Staates aber mußte doch irgendwo das in Frage kommende Amt untergebracht, seinen Beamten ein Dach über dem Kopfe verschafft werden. So mußte man für die Unterlassung einer privaten Person sorgen, doch sei deren Niederlassung in der betreffenden Ortschaft nach Ansicht der Regierungsfaktoren für die gesamte örtliche Gesellschaft von Nutzen. Und das Recht zählt weniger: das Staatsinteresse geht vor Recht.

Fiskalische Besitztümer gelangen an Pächter zur Auktion. Es stellt sich ein Christ und ein Jude. Der Jude bietet mehr — dem Christen werden die Besitztümer überlassen. Der Fiskus

verliert dabei zwar, aber nach Meinung des Auktionators gewinnt der Staat mehr, wenn er diese Objekte nicht den Juden gibt, weil der Jude — nach seiner erleuchteten Auffassung — ein Feind des Staates ist. Daß das Geseh und die Verfassung etwas anderes sagen — wer würde damit rechnen. Das Interesse des Staates geht vor.

Der Sejm hat das Geseh über die Danina angenommen und die Regierung gab dazu ihre Ausführungsbestimmungen. Das Geseh ist — eine Ausnahme bei unserer Finanzgesetzgebung — klar und die Ausführungsbestimmung noch klarer. Man berechnet die Danina nach den Gewerbescheinen von 1920. Die Regierung versendet für alle Fälle ein beständiges Rundschreiben. Und trotzdem berechnen die Finanzämter in ganz Polen die Danina nach den Patenten vom Jahre 1921, weil — im Jahre 1921 fast überall den Kaufleuten die Patentklassen erhöht wurden. Gewisse Abseinspektoren sind herart findig, daß sie, um mit dem Geseh im Einklang zu bleiben, jetzt im Jahre 1922 begonnen haben, die Kategorien der Patente für das Jahr — 1920 zu erhöhen. Man begehrt diese offensibare Vergewaltigung des Gesehes, weil man etwas zu gewinnen hofft, wenn dieser oder jener die Reklamationen versäumt. Das Finanzministerium aber erwidert auf alle Beschwerden verbindlich: voll: ihr könnt Beschwerden einreichen in der im Geseh vorgesehene Weise. Abgesehen davon, daß infolge dieser planmäßigen Vergewaltigung des Gesehes sich derart große Schiffe von Reklamationen angehäuft haben, daß deren Prüfung ein ganzes Jahr in Anspruch nehmen und einen Etat von Beamten erforderlich machen wird, der das verhängt, was die Danina dem Fiskus einbringen soll. Abgesehen auch davon, daß die Reklamationen der Vollzug nicht aufhält, der bereits im März erfolgen soll. Der Grund ist der, daß dieser oder jener die Reklamation schriftlich wird verschieben lassen, daß man von diesem oder jenem im Zwangswege wird betreiben können, bevor man seine Reklamation stellt; träter aber wird man die Abweisung der Reklamation schon entscheidend begründen können. Dann diesen Umständen wird dem Fiskus mehr zustoßen, und darum geht es ja gerade. Daß man damit aber bei uns die Steuerzahler für die Zukunft ruiniert, daß man das Vertrauen zu unserer Rechtsordnung zunichte macht — diese Vinswahrheiten sind für unsere Administratoren unsichtbar.

Man kann jene Leute verstehen, die unser Staatsgeseh in dieser verkehrten Richtung sehen; man kann es ihnen sogar verzeihen. Aber man muß sie warnen, daß sie das Schiff mit diesem Kurs in ein gefährvolles Labyrinth treiben. Ohne Recht und Rechtspflege kann ein Staat nicht bestehen. Da kann kein Michalski helfen, wo die Unterschrift auf dem Schuldschein fraglich ist, wo der Aussteller das Vertrauen und den Kredit eingebüßt hat. Wir brauchen ausgebildete, verständige und das Geseh achtende Beamten und über ihnen muß eine Regierung stehen, die zuerst ein Beispiel der Achtung des Gesehes und der Verpflichtungen gibt und die nicht in der Vergewaltigung derselben für sich einen augenblicklichen, wenn auch bedeutenden Vorteil wagt.

Wenn Herr Michalski die Republik retten will, so möge er zu seinem eigenen Besen, seinem Schraubstock und seiner Schere noch einen Gegenstand hinzufügen: das eiserne und unbegreifliche, keine Kompromisse kennende Schwert des Gesehes.

Frank Vanderlip über Polen.

Der bekannte amerikanische Millonär Frank Vanderlip, der zu Handelszwecken nachland betriebe, dann Mitteleuropa besuchte und sich auch in Warschau aufhielt, hat, wie wir im „Kurjer Gody“ lesen, in diesen Tagen in Amerika ein Buch über die nächste Zukunft Europas herausgegeben, das in dem gleichen Geiste gehalten ist, wie das bekannte Buch von Keynes über die Revision des Versailler Vertrages.

Ähnlich wie Keynes ist der Kapitalist Vanderlip Polen wie am ungünstigsten gesonnen. Er schreibt darüber mit Geringachtung und Widerwillen. Er behauptet, daß sich das polnische Volk im Laufe von zwei Jahren in einen Vankrottatur (I) verwandelt habe und daß sich unsere Lage als Finanzwahnwitz darstelle.

Aber auch er findet zahlreiche rechtfertigende Momente, für die die Polen nicht allzu sehr verurteilt. Er schreibt, daß die Polen von Rußland getrennt seien, vor denen selbst Alexander Hantzen erschrocken wäre. Ein Volk, das von so vielen Schwierigkeiten umgeben ist, konnte keinen anderen Weg wählen“ usw.

Seider halten diese Rechtfertigungen den Verfasser nicht davon ab, das Urteil in fallen, daß Polen kein dauerhaftes Gebilde sei, und er gibt an, der dem die Meinung hinsichtlich unserer Zukunft beizufügen.

Das internationale Syndikat für den Wiederaufbau Europas.

London, 22. Februar. (Pat.) Hier wurde die Konferenz der technischen Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens und Japans eröffnet. Die Konferenz befaßte sich mit der Angelegenheit der Kapitalbeschaffung für das internationale Syndikat zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas.

London, 22. Februar. (Polst.) Anschließt der in London stattfindenden Tagung der Ozeanographen des Konsortiums zum Wiederaufbau Europas, bemerkt „Daily Chronicle“, daß das Konsortium unabhängig von der Geneser Konferenz, seine Aktion beginnen müßte und diese Aufgabe mit Erfolg ausführen könnte. Es sei jedoch notwendig, daß die Vertreter aller europäischen Staaten am Konsortium teilnehmen und daß die Absicht der Erzielung großer Gewinne ausgeschlossen würde.

Um die Vertagung der Geneser Konferenz.

Frankreich unternimmt Schritte in Rom. Berlin, 22. Februar. (Pat.) Die französische Regierung benachrichtigte heute die deutsche Regierung, daß sie sich an die italienische Regierung, mit dem Verhöre wenden werde, die Konferenz in Genoa zu vertagen und so aus jenen Gründen, die in der Denkschrift des französischen Ministerpräsidenten angeführt sind.

Die Antwort Mac Cormicks.

Paris, 22. Februar. Der Senator Mac Cormick hat auf das Interview von Reuters im „San Baltimore“ folgendermaßen geantwortet: Die Beziehung der Zinsen, die verschiedene europäische Länder an Amerika schulden, ist vielleicht dringender für die Steuerzahler dieser Länder, als die Amortisation des Kapitals selber. Wenn der Betrag dieser von Europa jährlich an Amerika geschuldeten Zinsen unbezahlt bleibt, so muß der amerikanische Steuerzahler für die Militärausgaben Europas aufkommen. Die Entwertung der europäischen Währung und die Unsicherheit der Wechselkurse, sowie die durch abnorme große öffentliche Ausgaben der europäischen Regierungen und in Folge dessen durch die Defizite in den verschiedenen Staatshaushalten verursacht sind, tragen direkt und unmittelbar zu der Arbeitslosigkeit der amerikanischen Arbeiter und zu der Entwertung der amerikanischen Produkte bei.

Eine französische Note an die Balkenstaaten.

Frankreich fordert die Bezahlung der russischen Kriegsschulden.

Warschau, 22. Februar. Die holländischen Staaten Holland, Estland und Letland erhalten von der französischen Regierung eine Note mit der Forderung, als russische Nachfolgestaaten die russischen Kriegsschulden zu übernehmen und die Verluste der französischen Bürger, die infolge des Umsturzes in Rußland

erlitten, zu bezahlen. „Daily Telegraph“ erklärt, wenn Frankreich auf seiner Forderung beharren sollte, so werden die holländischen Staaten einen Teil der deutschen Entschädigungen fordern, die ihnen auf Grund des Artikels 116 des Versailler Vertrages zustehen.

Deutsche Regierungsvertreter nach London geladen.

Schaffung eines Syndikats zum Wiederaufbau Rußlands.

Berlin, 22. Februar. (Pat.) Einflußreiche englische Kreise teilen der deutschen Regierung mit, daß die Anwesenheit deutscher Vertreter in London während der vorbereitenden Beratungen über die Schaffung eines Syndikats zum Wiederaufbau Rußlands gern gesehen würde. Deutschland hat daraufhin unverzüglich seine Vertreter nach London entsandt.

Trennung von Kirche und Staat in Tschechien.

Prag, 20. Februar. Das Parlament hat mit einer kurzen Sitzung des Senats die Interpellation geschlossen. Die nächste Session wird in 6 Wochen eröffnet werden. Über das Arbeitsprogramm sind Verhandlungen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien im Gange. Als wichtigste politische Vorlage erscheint ein Gesetzentwurf über die Trennung von Kirche und Staat, worüber noch Verhandlungen mit dem Vatikan schweben, ferner die Neuordnung der Agrarpolitik, bezüglich welcher zwischen der sozialdemokratischen und der Agrarpartei noch harte Gegensätze bestehen. Es gilt als sicher, daß die gegenwärtige Regierung in unversänderlicher Zusammensetzung Ende März dem Parlament wieder gegenüber treten wird.

Der heilige Krieg der kaukasischen Bevölkerung gegen die Sowjets.

Tiflis, 22. Februar. Die Hiere des Fürsten Schamil operieren mit Erfolg unter Führung des Fürsten Birlow und haben bereits Guntib und Tschukaj besetzt. Schamil hat den „Dschawat“ (den heiligen Krieg) gegen die Bolschewiken in ganz Nordkaukasien erklärt. Für Schamil, der neue Imam des Gebietes der Dschetichien und Dagestans, ist in araber Linie ein Nachkomme des geschichtlich bekannten großen Imams Schamil, des letzten Kämpfers um die Unabhängigkeit Dagestans.

Bevorstehende Begegnung Lloyd Georges mit Poincaré.

London, 22. Februar. (Pat.) „Daily Chronicle“ berichtet, daß Lloyd George und Poincaré am 26. Februar in Paris eine Beratung abhalten werden.

ODEON

Sente Premiere!

Sente Premiere!

Der Lodzer Liebling, der bezaubernde Stern des Stanislawer Theaters in Warschau

Lisienko und ihre entzückenden Partner **Rimskij** und **Panow**

im neuesten rührenden Drama in 6 Akten der bekannten Film-Fabrik „Gromow“ u. d. Titel.

„Ein Weib, welches getötet hat“

Das Kino ist gut geheizt.

Beginn der Vorstellungen um 4.30 nachmittags.

Das Kino ist gut geheizt.

841

DZIS REDUTA PRASY, CZY MACIE BILETY??

„SCALA-THEATER“

12 Gastspiele der Krakauer Operette „Nowości“ in Lodz.

Das Personal besteht aus 66 Personen. — Großes Ballett, 16 Personen. — Musik-Orchester 20 Personen unter Leitung des Kapellmeisters Szczępaniński — Eigene Dekorationen, Kostüme und Requisiten.

Sonnabend, den 25. Februar. 8.15. abends:

„Hol mich der Teufel“

Wiener Operette in 3 Akten von Reichmann.

Sonntag nachmittags:

„Manewry jesienne“

Operette von Bodanecki.

Sonntag abends:

„Kapłanka ognia“

Operette in 3 Akten von Walentin.

Billetvorverkauf in der Konitorie von H. Komar täglich von 11—2 und von 5—9 Uhr abends

844

DRUKARNIA LUDOWA
w ŁODZI

PRODUKTAMI PRZEMYSŁOWEMI

DO NABYCIA w ZAKŁAD. GRAF. p. f.

DRUKARNIA LUDOWA
w ŁODZI

UL. PRZEJAZD Nr. 19.



Lodzer Zitherverein

Am Sonnabend, den 25. Februar d. J., um 9 Uhr abends, findet im Saale des

„Helenenhof“

Großer Maskenball

für Mitglieder und Gönner des Zithervereins statt.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben bei den Firmen Adolf Butschkat, Petrikauer 113, R. Mortensen, Glownastr. 7, S. Ulaszewski, Magistracka 2.

Kein Maskenzwang.

Hierzu ladet höflichst ein

Die Verwaltung.

Reichhaltiges Büfett am Platze.

715

! Zum Besten des evang. Waisenhauses!

Północna-Strasse 40.

Sonnabend, den 25. d. Mts.:

Großer Maskenball

„Prinz Karnivals Abschied“

775

im Lokale Konstantiner Strasse Nr. 4.

Der Festausschuß.

Reichhaltiges Büfett.

Kein Maskenzwang.

Billetts im Vorverkauf bei Herrn A. Dietel, Petrikauer Strasse 157.



Kirchengesangverein „Cantate“

Sonntag, den 26. Februar d. J., um 5 Uhr nachmittags im Feuerwehrraale, Konstantiner Strasse Nr. 4.

Großes Konzert

zu Ehren des Kapellmeisters Herrn Alois Laniak.

Mitwirkende: Der gemischte Chor des Vereins (a capella) und mit Orchesterbegleitung, Kapellmeister Alois Laniak (Klavier solo), Professor A. Brandt (Violine) und Herr R. Bräutigam (Bariton).

In der Vortragsfolge ist u. a. das Mendelssohn'sche D-moll Klavierkonzert vorgesehen.

Nach dem Konzert gemütliches Beisammensein.

Eintrittskarten im Preise von 400—1200 Mk. sind täglich in der Musikalienhandlung des Herrn A. Teschner, Glownastrasse 8, und am Tage des Konzerts, von 2 Uhr nachmittags, an der Kasse des Saales zu haben.

789



Lodzer Turnverein „Kraft“

Am Sonnabend, den 25. d. M., um 9 Uhr abends, findet in unserer Vereinslokalen, Siemkiewicza 64, unser

diesjähriger Maskenball

statt, wozu alle geist. Mitglieder mit ihren werten Angehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich eingeladen werden.

Der Eintritt ist für den Ausbau des Sportplatzes bestimmt.

Kein Maskenzwang.

Der Billetvorverkauf findet ab Freitag, den 17. d. Mts., im Vereinslokalen statt.

Die Verwaltung.



Fabrikmarke!

Warnung!

Hiermit machen wir unsere geehrte Kundschaft darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit öfters Waren zum Verkauf angeboten werden, welche in der Art der Verpackung, Abstempelung usw. den unsrigen sehr ähneln, jedoch entschieden geringerer Qualität sind.

Wir bitten daher höflich, beim Einkauf unserer Waren von bekannter Güte genau auf unsere Fabrikmarke geist achten zu wollen.

Aktien-Gesellschaft

Widzewer Baumwoll-Manufaktur

Heinzel & Kunitzer

Lodz, den 8. Februar 1922.

859

Buchhalter-Korrespondent

Mitwirkend, der Handschriften richtig, gegenwärtig Gehilfe des Büros, wohnt per 1. April seine Stelle zu wechseln. Bei Angabe unter „A. R. 37“ an die Geschäftsstelle des B. K.

Damen-Garderoben

feinster Arbeit (spz. Abmessungen) li fert

Maria Landek,

Siemkiewicza 104, Offizine links, 3. Etage.

822 758